



Nr. 8 - Juli 1979 / Verantwortlich: Edith Baller / Gerd Brouwer /  
 Joachim Korte / Rainer Korte / Michael Schürmeyer / Reinhold Thiede /  
 Uwe Witschel / Anschrift: R. Thiede, am Sundern 7, GMH, Tel. 05409/1487

Auflage 300 Exemplare

Preis: 50 Pf.


Liebe Leser!

Wir legen ein weiteres Exemplar der Juso-Zeitung vor. Diesmal - wie angekündigt - mit mehr Informationen aus der "Stadt im Grünen". Die Resonanz der Leser auf die letzte ZdJ war nicht gerade überwältigend. Falls es an der Zeitung oder am Inhalt liegt - wir bitten um kritische Worte. Kritik, Anregungen, Informationen aus den einzelnen Stadtteilen sind für diese Zeitung lebenswichtig!

Und nochmal unsere Bitte: Wer unsere Zeitung im Grundsatz für richtig hält, möge uns durch ein Abonnement unterstützen!

Redaktionsschluß: 1.8.79

### Inhalt

Kann die SPD 1981 die Kommunalwahl in GMHütte gewinnen ....?	S. 2
Strassen- und Verkehrsplanung	S. 2
	S. 3
Ausstellung über Neonazismus	S. 3
Alte Post weggeputzt	S. 4
Richtigstellung	S. 4
Subsidiaritätsprinzip in der Praxis	S. 4
Vietnamesen in Georgsmarienhütte	S. 5
Neueröffnung des Jugendzentrums?	S. 5
ZdJ - A B O N N E M E N T	S. 5
LESERBRIEFE	S. 6
Termine - Anzeigen - Nachrichten	S. 6
Aus den SPD - Stadtbezirken	S. 7
Arbeiterjugendtag in Berlin 1979	S. 8
Energieeinsparung im Strassenverkehr	S. 9
Umweltschutz sichert Arbeitsplätze!	S. 9
Genossen demnächst Parteifreunde?	S. 9
SPD und Umweltschutz	S. 10
Schulgesetzänderung in Niedersachsen	S. 10
Zur aktuellen Ölkrise	S. 11
Europawahlergebnisse aus GMHütte	S. 11
Harrisburg	S. 12

# Kann die SPD 1981 die Kommunalwahl in GMHütte gewinnen .....

Wenn sie so weiter macht wie bisher, sicherlich nicht! Denn kein CDU-Wähler hat Veranlassung, SPD zu wählen, wenn diese in den meisten Frage doch mit der CDU übereinstimmt. Jetzt sage niemand, in der Kommunalpolitik gebe es keine Unterschiede! Die vorhandenen und die möglichen Unterschiede haben wir Jusos in den letzten Jahren wohl häufig deutlich gemacht! Außerdem, wenn dem so wäre, warum stellen wir uns als SPD dann überhaupt zur Wahl? Wenn die CDU sowieso das Richtige macht, ist es eigentlich überflüssig, sich die Arbeit und die ganzen Laufereien an den Hals zu laden. Die CDU hat allemal die besten "Verbindungen" hier in der Gegend - die Politik, die sie macht, recht Kommunalpolitik, kann sie allemal besser machen.

Was folgt daraus? Wenn wir die Mehrheit erringen wollen, müssen wir eine glaubwürdige Alternative darstellen, d.h. Opposition machen. Dann können Wähler sagen: das ist eine Alternative, die eine andere Politik anbietet! Wenn wir nur eine bessere CDU (oder eine schlechtere) sein wollen, warum sollen die Wähler uns dann ihre Stimme geben.

Insgesamt ist unser Risiko doch gering: Wir können damit Stimmen gewinnen. Verluste - die natürlich auch auftreten können - sind nicht so tragisch, da wir doch sowieso in der Minderheit sind. Auf einen Sitz mehr oder weniger kommt es dabei dann auch nicht an. Laßt doch die CDU die Suppe allein auslöffeln, die sie sich eingebrockt hat!

Ein Beispiel: Bei der Diskussion um die B 51 können wir mit der gleichen Position, wie sie die CDU hat, keine Stimmen gewinnen. Warum sollten uns Bewohner an der B 51 wählen (die sowieso größtenteils CDU wählen), wenn die CDU ihre Sache vertritt? Dann bleiben sie doch bei ihrer alten Partei. Wir könnten jedoch von den CDU-Wählern, die gegen eine Verlegung sind, Stimmen gewinnen! Und man sehe sich einmal an, wieviele CDU-nahe-Personen in der Bürgerinitiative sind!

Weitere Punkte, der CDU-Politik Alternativen entgegenzusetzen wären: Pavillon, Osterheide, Menkhäusfeld, Südring, Verkehrsberuhigung, Freizeitpark, Schauenroth, Forstweg, Jugendzentrum, Sanierung Alte Kolonie, westlich B51...

## Strassen- u. Verkehrsplanung

In früheren Ausgaben unserer ZdJ haben wir schon öfter über einzelne Straßenbaumaßnahmen der Stadt berichtet. Diesmal wollen wir versuchen, eine allgemeine Beurteilung der Straßenplanung in GMHütte und des zugrundeliegenden Konzeptes zu geben.

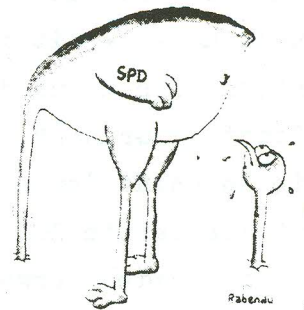
Einfach und schlicht kann man für GMHütte zunächst feststellen: Der Autofahrer hat absoluten Vorrang, er wird als einziger und wesentlicher Verkehrsteilnehmer gesehen. Das zeigt sich bei der Breite neuer Straßen (L 95 in Alt-GMH, Wellendorfer Str. von Oesede nach Dröper), bei der Planung von linearen, lang gezogenen Straßen, die in erster Linie gute und weite Sicht für den Autofahrer geben, hohe Geschwindigkeiten erlauben, dem Fußgänger kaum eine Überquerungschance bieten .... (Stadtring, Südring, die beiden oben genannten Straßen, Böttcher Str. in Dröper, Nord-Süd-Verbindung = Schauenroth). Damit ist auch angedeutet, daß in GMHütte ein sehr dichtes Straßennetz geplant wird. Die Autos sollen möglichst schnell ihren Zielpunkt erreichen, das ist die Maxime! Das Prinzip, dem Autofahrer wenige Minuten oder einige Sekunden Umweg zuzumuten (diesen auch einzuplanen), um damit Landschaft und Wohngebiete zu schützen, dieses Prinzip wird hier nicht wahrgenommen, geschweige denn angewandt!

GEORGS-MARIENHÜTTE FÜR DIE AUTOS! GEORGS-MARIENHÜTTE SETZT AUCH IN ZUKUNFT AUF DEN INDIVIDUALVERKEHR UND LERNT NICHTS AUS ÖLKRISE, UMWELTSCHUTZDISKUSSION.....

Besonders deutlich wird das Obengeschilderte zwischen Oesede und GMHütte. In diesem Bereich wird es demnächst 3 Ost-West-Verbindungen geben (L 95, Stadtring, Südring) sowie eine Nord-Süd-Verbindung (Schauenroth) - nicht gerechnet die B 51 und die Straßen Karolinenhöhe/Breslauer Weg -, die von jedem Punkt dieses Gebietes aus schnellstmöglichen Zu- und

Abfluß der Autos garantieren. Am Rande sei erwähnt, daß man in dieser Stadt natürlich kein Konzept hat, wie der Verkehr sich durch die Wohngebiete quälen soll: Hermann-Löns-Weg, Schwedeldorfer Str., im Siek, Kruseweg. Hier wird der Verkehr weggezaubert!

Weitere Untaten stehen bevor: Weiterer Ausbau der Wellendorfer Str. als Autobahnzubringer, Ausbau der Borgloher Str. als Autobahnzubringer, Verlegung der Straße durch Malbergen, Durchbau der Egge in Richtung Oesede Süd, Verlegung der L 95 in Kloster-Oesede und, und, und.



Ich, der Unterzeichner, habe mich mit den Planungen zur Behebung der unerträglichen Verkehrssituation im Stadtteil Oesede-Süd an der B 51 befaßt. Ich wende mich gegen die bisher offiziell geplante Verlegung der B 51 durch den Teutoburger Wald. Ich fordere ein Planungsänderungsverfahren, bei dem das derzeitige offizielle Vorhaben <sup>abgelehnt</sup> und dafür ein Tunnel (Unterpflasterstraße) für den Durchgangsverkehr im Bereich von Oesede-Süd vierspurig vorgesehen wird.

Name: .....

Adresse: .....

Datum/Unterschrift: .....

Schon mehrmals berichteten wir in unserer Zeitung über die Verlegung der B 51. Um den aktuellen Stand der Planung zu erfahren, richtet Ratsherr R. Korte am 22.5. eine Anfrage an die Stadtverwaltung, die wir hier mit den Antworten der Stadt darstellen wollen:

1. Frage: Rangiert die Umgehungsstraße in Oesede-Süd weiterhin unter der Kategorie "möglicher weiterer Bedarf" oder hat sich bzgl. der Einstufung im Bebauungsplan etwas geändert?  
 Antwort: Die Umgehungsstraße rangiert weiterhin in dieser Kategorie und somit in der niedrigsten Dringlichkeitsstufe.
2. Frage: Inwieweit haben alternative Überlegungen (andere Trassenführung, Untertunnelung usw.) bislang planerisch eine Berücksichtigung gefunden?  
 Antwort: Bisher sind alternative Überlegungen, wie z.B. eine Untertunnelung, noch nicht planerisch berücksichtigt worden.
3. Frage: Ist es richtig, das z. Zt. ein neues Raumordnungsverfahren in Gang gebracht werden soll, um eine Trasse planen zu können, bei der weniger Grundstückseigentümer betroffen wären?  
 Antwort: Davon ist der Stadt nichts bekannt.
4. Frage: Welches sind die amtlichen Zahlen der Verkehrsbelastung in Oesede-Süd, die für die Planung einer Verlegung als maßgeblich angesehen werden?  
 Antwort: Für die Planung der Verlegung sind die Zahlen von 1973 maßgeblich.
5. Frage: Inwieweit ist von amtlichen Stellen geplant, ein ökologisches Gutachten für das Gebiet einer neuen Trasse erstellen zu lassen?  
 Antwort: Ein ökologisches Gutachten wird eventuell später erstellt werden.
6. Frage: Wann ist mit der Fertigstellung eines Generalverkehrsplanes durch den Verkehrsplaner der Stadt Georgsmarienhütte zu rechnen? Ist bekannt, warum das Gutachten nicht wie geplant etwa zum 1.10.78 vorgelegen hat?  
 Antwort: Zur Erstellung eines Generalverkehrsplanes sind noch weitere Zählungen notwendig.

## Ausstellung über NEONAZISMUS

Seit Holocaust und den Freisprüchen im Maidanek-Prozess ist das Interesse am Geschehen im Nazi-Deutschland der 30er und 40er Jahre wieder ins Blickfeld der Öffentlichkeit geraten. Und als ob er bis heute nichts von den Nazi-Greueln gewußt hätte, fragt sich der Bundesbürger fassungslos: "Wie konnte es dazu bloß kommen?" Über die notwendige Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit Deutschlands dürfen wir aber nicht die Gegenwart vergessen. Denn auch heute treten - wieder oder noch? - "falsche Propheten" auf, die eine Heilsbotschaft voller Nationalismus, Diffamierung Andersdenkender und Kriegshetze verkünden. Hakenkreuz-Schmiererein an Synagogen, zerstörte jüdische Friedhöfe, Parolen an Hauswänden wie "Rotfront verrecke", das alles sind Erscheinungen eines sich breit machenden Neofaschismus, der auch hier bei uns nicht auf die leichte Schulter genommen werden sollte. So wurde z.B. in Osnabrück die Inneneinrichtung einer Kneipe demoliert, in der auch linke Studenten abends ihr Bier trinken. Die Schläger "verzierten" die Theke mit Aufklebern der "Jungen Nationaldemokraten", bevor sie verschwanden. Eben diese Jungen Nationaldemokraten, Jugendorganisation der NPD, veranstalteten im letzten Jahr in GMHütte ein Treffen!

Diese Beispiele zeigen, daß es nötig ist, sich mit diesem neu aufkeimenden Neofaschismus auseinanderzusetzen. Aus diesem Anlaß werden wir im September/Oktober dieses Jahres eine Ausstellung mit dem Titel "Deutschland erwacht" über die Gefahr des Neofaschismus zeigen. Die Ausstellung soll voraussichtlich in der Realschule gezeigt werden, als Rahmenprogramm sind Diskussionen mit bekannten Widerstandskämpfern, Filme über das 3. Reich und den Neofaschismus und Abende mit antifaschistischen Liedern geplant. Die GMHütter Schulen wollen wir verstärkt ansprechen, da Jugendliche besonders leicht auf neofaschistische Verführer hereinfallen.

Sehr hilfreich wäre es auch, wenn sich einige ältere Genossen mit uns in Verbindung setzen könnten, die über das Leben in GMHütte während der Nazi Herrschaft berichten könnten. Wir möchten alle in Frage kommenden Genossen auffordern, uns zu benachrichtigen, wir sind aber auch für alle Tips, Hinweise oder Anregungen dankbar, die uns bei dieser Ausstellung nützlich sein könnten.

Schreibt uns!



Stopp  
 Neonazis!

# Alte Post weggeputzt

Wie schön wird es doch in Georgsmarienhütte sein, wenn erst einmal alle Spuren der Vergangenheit beseitigt sind! In Oesede hat man es schon fast geschafft, in Alt-GMHütte ist man kurz davor, in Holzhausen steht sowieso nichts mehr, ebenso am Harderberg. Die noch vorhandenen Reste und Ruinen sollten eigentlich in den nächsten 5 Jahren zu schaffen sein! Nach unserer Meinung sollten folgende Reste möglichst als nächstes vor die Brust genommen werden:

- die bei-
- auf dem
- (zentra-
- der alte
- Kotten
- der Oese-
- (Geschäfts-
- einige al-
- um den
- Oesede
- und Park-
- einige al-
- Malbergen
- verbrei-



- den Kotten
- Thie in Oesede
- le Parkflächen)
- Hehmann'sche
- in Oesede an
- der Straße
- haus!)
- te Schuppen
- Markt in Kl.-
- (Geschäfts-
- flächen)
- te Reste in
- (Straßen-
- terung).

Für weitere Anregungen zur Schaffung eines modernen Georgsmarienhütte im Lock des 20. Jahrhunderts ist die Stadt sicherlich dankbar!

Den Blick nach vorn! Das Alte nimmt nur Platz und Sicht! Weg damit! Vielleicht ist uns der Schutz noch als Straßenfüllung nützlich! Bauamt und Bürger und Stadtrat gemeinsam gegen die Reste der Vergangenheit!

Man bedenke, was allein der Abbruch solcher unnützer Mauerwerke und was erst der Neubau an ARBEITSPLÄTZEN schafft!

# Richtigstellung

Unsere letzte ZdJ bedarf einer Richtigstellung. Die Stellungnahme zum Supermarkt in Kloster-Oesede durch uns war ziemlich voreilig.

In einem Gespräch mit der ZdJ stellte Herr Dütmann zu dieser Angelegenheit fest:

- 1.) daß sich lange nichts seitens Kloster-Oeseder Geschäftsleute getan hat;
- 2.) daß er Herrn Scheiter vorab informiert habe;
- 3.) daß er eine klare bebauungsplanliche Feststellung hätte haben wollen, da der alte Bebauungsplan eine Geschosshöhe nicht festlege.
- 4.) daß ein Kaufvertrag mit Stertenbrink rein privatrechtlicher Natur sei und demzufolge grundsätzlich Schiebung o.ä. gar nicht möglich sein könne.

Herrn Dütmanns Argumente sind nicht von der Hand zu weisen. Wir geben zu: Der Artikel war schlampig recherchiert!

## 1. MAI

Endlich hat in Osnabrück wieder einmal ein DGB-Demonstration (!) zum 1. Mai stattgefunden. Quer durch die Stadt ging der Demonstrationzug. Das sollte in Zukunft jedes Jahr so sein! Vielleicht sind bei besserem Wetter im nächsten Jahr dann auch mehr Sozialdemokraten aus GMHütte dabei.

# Subsidiaritätsprinzip in der Praxis !

Das Subsidiaritätsprinzip kommt aus der christlichen Soziallehre und besagt, daß möglichst viele Aufgaben einer Gesellschaft von privaten, nicht-staatlichen Einrichtungen zu erledigen sind. So wenig Staat und Bürokratie wie möglich - ist die Parole. Der Staat soll erst eingreifen, wenn niemand anders notwendige Aufgaben übernimmt. Was hat dieses Prinzip, das ein wesentliches Element christdemokratischer Politik ist, nun mit Kommunalpolitik in GMHütte zu tun? Sehr viel!

Wie allgemein bekannt, platzt die öffentliche Bibliothek in kirchlicher Trägerschaft aus allen Nähten. Deshalb will die Kirche bzw. die Pfarrei Peter u. Paul den leerstehenden Coop-Markt in Oesede für eine neue Bibliothek kaufen. Von der Sache her eine gewiß positive Absicht.

Der Pferdefuß zeigt sich jedoch bei den Kosten und der Kostenverteilung. Der Preis von DM 550.000 soll zu 300.000 DM von der Stadt, zu 250.000 DM vom Land übernommen werden. Die Kirche will die Kosten von etwa DM 300.000 für den Umbau übernehmen. Außerdem will die Kirche langfristig eine Verteilung der Kosten, die für 1985/1986 darauf hinausläuft, daß die Stadt 2/3 und die Kirche 1/3 der Kosten übernimmt. Dabei behält die Kirche praktisch allen Einfluß z.B. bzgl. des Personals, des Büchereinkaufs u.ä. Die Stadt kann allenfalls Einsicht und vielleicht Einfluß nehmen. Wir meinen: Die Entscheidungen bzgl. der Bibliothek sollten auch gemäß der Kostenbeteiligung von Stadt und Kirche verteilt werden.

Positiv anzumerken ist, daß die SPD in dieser Auseinandersetzung konsequent geschlossen gegen die CDU aufgetreten ist. Im neuen Gebäude werden Kosten von ca. DM 160.000 pro Jahr auftreten. Kostensteigerungen eingerechnet, wird die Stadt 1985 dann etwa DM 100.000 bis DM 150.000 Zuschuß zahlen müssen (für 1979 sind es DM 50.000)

Ein praktisches Beispiel für das Subsidiaritätsprinzip, wobei der Haken darin liegt, daß die Aufgabe - in diesem Falle die Bibliothek - ja gerade nicht von einer Organisation auf unterster Ebene wahrgenommen wird, sondern von einem bürokratischen Großgebilde, der Kirche!

# Vietnamesen in Georgsmarienhütte

Auch die Stadt GMHütte hat ihren Beitrag zur Humanität geleistet, indem sie durch Aufnahme von 51 Vietnamesen half, das unerträgliche Flüchtlingselend in Südostasien abzubauen. Sehr begrüßenswert - insbesondere seitens der vielen Bürger, die finanziell und persönlich (!) schnelle Hilfe leisteten.

Einige Fragen bleiben jedoch:

- 1.) Ist vorab ausreichend geprüft worden (soweit möglich), ob mit dem geleisteten finanziellen Aufwand nicht vor Ort in Südostasien (Malaysia) bessere Hilfe hätte geleistet werden können. Dann wären diese Menschen in einem kulturell, klimatisch, sprachlich und geographisch verwandten Gebiet geblieben, was vermutlich sozial und seelisch für die die Betroffenen günstiger gewesen wäre.
- 2.) Wird in Zukunft in der BRD generell so großzügige Hilfe bei Flüchtlingsproblemen geleistet? Bis lang war es so, daß Flüchtlinge aus faschistischen Ländern, z.B. in der BRD, entweder gar nicht oder nur zu kleinen Teilen und unter großen Schwierigkeiten aufgenommen wurden (Beispiele: Flüchtlinge aus Chile und Argentinien). Im Übrigen sollte der Aufwand auch für diese Flüchtlinge nach dem Beispiel der Vietnamesen in Zukunft ja wohl erhöht werden! Weiter ist zu fragen: wird in Zukunft auch in diesem Stil reagiert, wenn es nicht um kommunistische Länder geht, in denen Menschen vertrieben werden oder wurden? Z. B. die Sahauris in der Sahara, die Kurden in den verschiedensten Ländern, die Palästinenser usw.
- 3.) Warum wurde dieses Flüchtlingsproblem in der hiesigen Presse in so großen Stil abgehandelt? Gab es endlich mal eine Gelegenheit, es den Kommunisten mal so richtig heimzuzahlen? Wollten sich einige Herren im Land Niedersachsen (und in GMHütte) als große Menschenfreunde profilieren? Wie gesagt, sonst plegt man in unserer Presse, wenn es um Vertreibungen u.ä. im Westblock geht, nicht groß darüber zu berichten.

Bemerkenswerter Weise waren die echten Informationen über die Situation in Vietnam und die der Flüchtlinge sehr dünn gesät (wurden sie vertrieben, konnten sie freiwillig gehen, warum gingen sie oder wurden vertrieben...?). Allerdings bleibt für uns als Linke die Frage z.Zt. noch offen, ob die vietnamesische Regierung hier nicht tatsächlich Vertreibung praktiziert hat. Auch die Solidarität mit dem unterdrückten Vietnam vor 5 Jahren bewahrt dieses nicht vor scharfer Kritik bei inhumanen Akten!

Für uns gilt: Flüchtlinge, ob aus Chile oder aus Vietnam sollten von der BRD Unterstützung erfahren. Humanität ist nicht teilbar!

# Neueröffnung des Jugendzentrums ?

Nachdem das ehemals selbstverwaltete Jugendzentrum in GMHütte fast ein Jahr geschlossen ist, entschloß sich die Stadt endlich, in Kürze mit den Renovierungsarbeiten im Hause zu beginnen. Nach Beendigung der baulichen Veränderungen ist beabsichtigt, eine Vollversammlung aller GMHütter Jugendlicher einzuberufen, auf der u.a. der neue Hausrat gewählt werden soll. Es ist wohl anzunehmen, daß der Stadtjugendpfleger, Herr Trebbe, die kommende Vollversammlung zum Anlaß nehmen wird, sein sogenanntes "pädagogisches Konzept" für das Jugendzentrum darzulegen. Hoffentlich ist in diesem Konzept mehr drin, als nur ein Angebot an Malen, Basteln oder "Vogelkästchen bauen für unsere heimatlichen Singvögel".

Darüber hinaus soll demnächst die Stellenausschreibung für einen Zivildienstleistenden zu erfolgen. Daß die Stadt und natürlich auch Stadtjugendpfleger, der sicherlich auch in dieser Angelegenheit wieder ein gewichtiges Wörtchen mitreden wird, die ihnen politisch nicht genehmen Bewerber aussuchen werden, läßt sich wohl kaum bezweifeln.

Die Jungsozialisten begrüßen natürlich die baldige Wiedereröffnung des Jugendzentrums, das für die GMHütter Jugendlichen einen sinnvollen und unverzichtbaren Treffpunkt und Kommunikationsort darstellt.

Dennoch bleibt ein bitterer Beigeschmack, wenn man sich daran erinnert, unter welcher fadenscheinigen Begründungen das JZ vor einem Jahr geschlossen wurde und die Selbstverwaltung auf den Müllhaufen der (Stadt-) Geschichte geworfen wurde.

## ZdJ abonnieren !!

Leider haben wir bislang erst sehr wenige Abonnenten für die ZdJ gefunden.

Deshalb unsere erneute Bitte: wer diese Zeitung für sinnvoll hält, möge uns durch ein Abo unterstützen! Wir brauchen die Abos für ein langfristiges Erscheinen, da nur so die Finanzierung zu sichern ist!

.....  
Hiermit abonniere ich die 6x im Jahr (plus 1 Sondernummer) erscheinende ZdJ für DM      im Jahr, ab Nr. 9

N a m e : .....

S t r a ß e : .....

O r t : .....

Datum/Unterschrift: \_\_\_\_\_

+ ) Mindestbetrag pro Jahr DM 5,-!

## WICHTIGE MELDUNG !!!

Beim Fußballturnier der Bürgerinitiative "Stadt im Grünen - Teutoburger Wald" konnte unsere Juso-Mannschaft die Endrunde erreichen und belegte schließlich unter 20 teilnehmenden Mannschaften den 5. Platz. Großen Anteil an der hervorragenden Platzierung hatte Torwart Hermann Raufhake, genannt SAMSON, der zum Publikumsliebbling avancierte. Äußerst bedauerlich aus klassenkämpferischer Sicht; gegen die Junge Union verloren wir 4 : 0 !!

Zu dem Artikel "Rüstung" aus zdj Nr. 7

Ich muß Euren Bericht in einigen Punkten richtigstellen. Eure Angaben über die Höchstgeschwindigkeit des Kampfpanzer T-62 und Leopard stimmen nicht. Die Höchstgeschwindigkeit des T-62 beträgt 54 km/h, nicht 25 km/h und die des Leopard's 65 km/h, nicht 40 km/h. Weiter wird in Eurem Artikel behauptet, der T-62 sei der modernste Kampfpanzer der WP, dies ist nicht der Fall.

Die Produktion des T-62 wurde bereits 1975 in der Sowjetunion eingestellt. Sein Nachfolger ist der T-72, von dem gegen Mitte 1978 bereits 3300 Kampfpanzer in der DDR stationiert gewesen sein sollen; das wären vierzig Prozent des dortigen sowjetischen Kampfpanzerbestandes. Mit seiner 125 mm Glattrohrkanone mit Ladeautomatik und seinem 800-PS-Triebwerk ist dieser 40 t Kampfpanzer eine echte Herausforderung für den Leo 1, nicht jedoch für den Leo 2. Dessen Herausforderung ist der T-80, der mit einem hydroneumatischen Fahrwerk ausgerüstet ist. Der T-80 stand bereits 1978 im Truppenversuch. Des weiteren wird in dem Artikel behauptet, die MIG 25 stünde in der Technologie westlichen Düsenjägern um 15 Jahre nach, Diese Ansicht kann ich nicht teilen. Tatsache ist, daß die MIG 25 von sich reden machte, als sie von Ägypten aus Aufklärungsflüge über der Sinai-Halbinsel durchführte und wegen ihrer außerordentlichen Höhen und Geschwindigkeitsleistung für die israelischen Abfangjäger vom Typ Mirage III und Phantom unerreichbar war. Letzterer Jäger wird ja auch von der Deutschen Luftwaffe geflogen. Bei solch einem Flugzeug, wie der MIG 25 kann man dann wohl schwer behaupten, es stünde hinter westlichen Düsenjägern in der Technologie zurück. Fazit: Die Sowjetunion hat in den letzten Jahren auf dem Gebiet der Qualität ihrer Rüstungsprodukte mit dem Westen gleichgezogen.

Ralph Dierker

Zu dem Artikel "Supermarkt in Kloster-Oesede"

Die Frage eines Supermarktes in Kloster-Oesede ist weder im "Sprachrohr" noch in der "zdz" ganz erfaßt worden. Man darf sie nicht nur aus der Sicht der beiden Geschäftsleute, sondern muß sie auch und vor allem aus der Sicht der vielen Kloster-Oeseder Käufer sehen. Das Geschäft "Gartmann" (Scheiter) hat jahrelang Gelegenheit gehabt, sich zu einem guten Supermarkt zu entwickeln. Es gelang auch nach der Vergrößerung nicht. Wenn Herr Scheiter auf dem Grundstück Stertenbrink eingeschossig gebaut hätte, wäre das Geschäft an der neuen Stelle mit Sicherheit nicht besser gegangen als an der alten. Und die Kloster-Oeseder kämen um den dringend gebrauchten Supermarkt. Dagegen hat sich "Dütmann" in Oesede, trotz der Konkurrenz von vier weiteren Supermärkten (Albrecht, Bolte, COOP, K&K-Markt), so gut entwickelt, daß die Räume die vielen Kunden und der Parkplatz die vielen Wagen nicht fassen können. Und auch die Kloster-Oeseder kaufen dort, weil die Preise günstig sind, die Qualität der Waren gut und die Bedienung freundlich und außerordentlich entgegenkommend ist. Wenn eine "Dütmann"-Filiale in Kloster-Oesede bestünde, hätten es die Käufer nicht mehr nötig, immerwährend zum Einkaufen nach Oesede zu fahren; viele brauchten dann überhaupt keinen Wagen zu benutzen und hätten täglich frische Ware. Gewiß verurteilen wir Bürger es scharf, wenn Ratsherren aus ihrem Amt Profit schlagen. Andererseits ist es ungerechtfertigt, wenn ein Ratsherr ein geschäftliche Chance nicht haben soll, nur weil er Ratsherr ist. Gerade in einer Zeit der Benzinknappheit ist es dringend geboten, daß die Stadt schnellstens dafür sorgt, daß die Kloster-Oeseder zu ihrem Supermarkt kommen und damit das unnötige Gefahre aufhört.

Ein Bürger aus Kloster-Oesede, der Redaktion ist der Name bekannt.

**EKKES FRANK** - Liedersänger - am Samstag, 30.6.1979 in DISSEN, Aula der Realschule, 20.00 Uhr  
Eine Veranstaltung der JUSOS im Unterbezirk OS-Land

**PODIUMSDISKUSSION - NAMIBIA** am 4.7.79 um 20.00 Uhr im EDITH-STEIN-HAUS in Kloster Oesede; mit Hornhues (CDU-MdB), Emmerlich (SPD-MdB), Seth Eixab (Student aus Namibia) und W. Giebel (deutsch-südafrikanische Gesellschaft).  
Eine Veranstaltung der KJG - KL.Oesede

**JUSO-BEZIRKSZELTLAGER** in EMDEN vom 6. bis 8. Juli 1979  
Motto: SICHERT DIE RECHTE DER JUGEND! Zelte mitbringen! Eine Veranstaltung des Juso-Bezirkweser-Ems

**FUSSBALL-GROSSKAMPF** der Juso-AG GMH gegen Torpedo Tannenkamp am 7.7.79 um 17.00 Uhr.  
Fußballerisch begabte Jusos bitte bei uns melden!  
Schlachtenbummler dringend erforderlich.  
Es geht um 30l Pils!



**Annerose BROUWER** ist bei der letzten Unterbezirkskonferenz der Jusos im Unterbezirk Osnabrück-Land in den Vorstand gewählt worden. Wiedergewählt wurde **Michael SCHÜRMEYER**, der auch in den Bezirksarbeitsausschuß der Jusos im Bezirk Weser-Ems gewählt wurde.

**SUCHE** ab sofort **NACHFOLGE-MIETER** Osnabrück Wörthstr. 56. 1 Zimmer, Küche, Bad, Keller, eigener Briefkasten, Gasheizung, Miete DM 200,-. Interessenten wenden sich bitte sofort an: Detlef Strüben, Malberger Esch 1, GMHütte, Tel. 05401/2690

Wer hat Lust/Interesse (und Kinder) am Aufbau eines unabhängigen **KINDERLADENS** in GMHÜTTE mitzuarbeiten? Alles weitere müßte **GEMEINSAM** geklärt werden!  
**Maria** u. **Rainer Korte**, Küferstr. 1, Tel. 40031

**KLEINANZEIGEN** in der ZDJ kosten 1,- DM! Auflage jeweils 100 bis 300 Exemplare! Insbesondere die 'linke' Szene in GMHütte wird dadurch erreicht. Anschrift: Reinhold Thiede, am Sundern 7, 4504 GMHütte

# Aus den SPD - Stadtbezirken

## SPD Stadtbezirk Kloster-Oesede

Der SPD-Stadtbezirk Kloster-Oesede hat z. Zt. 40 Mitglieder und ein Durchschnittsalter von rund 38 Jahren. So gesehen ein recht guter Stand an Zahl und Alter. Vorweg kann ich sagen, es gibt bei uns eine gute Zusammenarbeit und keine politische Zerstrittenheit. Aber es wäre falsch, daraus zu schließen, daß parteipolitisch alles in Ordnung sei: wir haben einige Sorgen.

Nach dem Zusammenschluß zu einem Ortsverein Georgsmarienhütte, den wir auch mit herbeigeführt haben, hatten wir einige große Erwartungen in diesen Ortsverein gesetzt. Vor allem dachten wir, von der guten Arbeit der ehemaligen Ortsvereine Oesede und GMHütte politisch und organisatorisch zu profitieren.

Leider haben sich die Erwartungen bis auf einige organisatorische Belange nicht erfüllt. Im Gegenteil, es scheint mit fast umgekehrt zu sein. Durch unsere flächendeckende Arbeit (Kloster-Oesede und Holsten-Mündrup, 18,75 km<sup>2</sup>) haben wir ein so weites Umland wie kein anderer Stadtbezirk. Hier fehlt es uns an aktiven Genossen und hatten erwartet, eine bessere Unterstützung zu bekommen (auch bei den Jusos).

Wenn wir Wahlen gewinnen wollen, müssen die Stimmen hier geholt werden. Es hat sich bei den letzten Wahlen gezeigt, daß in den Hochburgen Stimmen verloren gingen, die aber im ländlichen Bereich wieder gutgemacht wurden. Bei uns hat jedoch in letzter Zeit die Teilnahme an den Mitgliederversammlungen abgenommen. Das liegt wohl daran, daß neue politische Impulse gegeben werden müssen: vielleicht größere Versammlungen oder auch noch kleinere in Straßen oder Wohnvierteln. Hier wäre mal der Ortsvereinsvorstand am Zuge, oder die Jusos; erste Ansätze sind vielleicht schon da.

Außerdem hat der SPD-Stadtbezirk Kloster-Oesede noch einige kommunale Sorgen und Wünsche, auf die ich heute aber nicht eingehen will, weil ich glaube, in Eurer Zeitung noch Gelegenheit zu bekommen, in anderer Funktion etwas zu sagen, z. B. als stellvertretender Fraktionsvorsitzender oder als stellvertretender Vorsitzender des Planungs- und Wirtschaftsausschusses.

Josef Niemann

(Vorsitzender des SPD-Stadtbezirks Kloster-Oesede)

## SPD Stadtbezirk Alt-GMHütte

Mit der Stadtwerdung im Jahre 1970 hat sich die SPD in GMHütte zu einem Ortsverein zusammengeschlossen, und damit wurde schon eine Aufgabenverteilung vorgenommen. Größere Veranstaltungen wie Tanz in den Mai, Wahlveranstaltungen, Reise und Besuchsangebote, Wahlprogramme usw. wurden seither gemeinsam durch den Ortsverein getragen.

Oskar Hummel, der langjährige Vorsitzende, hat den Stadtbezirk bis zum Jahre 1978 geführt. Die monatliche Versammlung im Schützenhaus, jeweils der erste Mittwoch im Monat um 19.30 Uhr, wurde vom neuen Vorstand bis heute weitergeführt. Der jetzige Vorstand setzt sich aus dem

ersten Vorsitzenden Manfred Bolte, dem stellv. Vors. Kurt Peter Path und dem Schriftführer Wolfgang Kissing zusammen. Als Beisitzer wurden gewählt: Oskar Hummel, Dieter Selige, Eckhard Krauß, Erich Eckelkamp und Rudolf Stroot. Weiterhin ist der Vertreter der Arbeiterwohlfahrt, Horst Fricke, kraft Amtes als Beisitzer ernannt worden.

Der Vorstand trifft sich grundsätzlich immer eine halbe Stunde vor der Monatsversammlung. Zusätzlich werden alle viertel bis halbe Jahr das Programm bzw. die Aktivitäten festgelegt. Unser Fahrplan für das nächste viertel Jahr sieht folgendermaßen aus:

4.7.79: Monatsversammlung "Jugendarbeit in GMH."

22.8.79: Klönabend

25.8.79: Bohrturmwanderung in Schoonebeck

5.9.79: Monatsversammlung "Stadtratsfraktion berichtet"

Außerdem sollen im Monat September noch drei Bürgerveranstaltungen laufen, und zwar in Malbergen, im Bereich Hindenburgstr. und im Bereich Kolonie/Brunnenstr.

3.10.79: Monatsversammlung "Rentenreform 80-81"

12.10.79: Kegeln 18.00 Uhr Schützenhaus.

Weitere Aktivitäten bzw. Angebote müssen noch festgelegt werden. Sicherlich werden wir unser traditionelles Grünkohlessen wieder durchführen. Wir versuchen durch Politik und Geselligkeit an unsere Mitglieder heranzukommen. Menschen, die sich kennen, werden sich auch besser verstehen, und wir hoffen dadurch den Solidaritätsgedanken wieder mehr beleben zu können.

Nun zur Mitgliederbewegung, die etwas rückläufig ist. Zur Zeit haben wir rund 140 Mitglieder, darunter 15 Frauen. Die Teilnahme an Monatsversammlungen liegt im Schnitt bei 20. Was wir alle bedauern, ist die mangelnde Teilnahme der Jugendlichen an unseren Veranstaltungen. Damit möchte ich zugleich einen Wunsch aussprechen: nehmt an Monatsversammlungen Eures Stadtbezirks teil, denn Ihr seid die Zukunft, Ihr übernehmt eines Tages die Verantwortung, und je eher jemand die Partei und deren Arbeit kennenlernt, um so mehr kann man lernen und Vorstellungen an richtiger Stelle vorbringen und durchsetzen. Hartes Ringen um die bessere Lebensform sollte Motiv genug sein, um sich mit Genossen und Genossinnen auseinanderzusetzen. Nur gemeinsam, jung und alt, werden wir die Zukunft meistern können. Solidarität war und sollte auch für die Zukunft unsere Stärke sein. Um die Mehrheit bei Wahlen zu bekommen, bedarf es noch mehr Ausgewogenheit unserer Argumente, darum bitte ich um Aktivitäten innerhalb unserer Partei.

Manfred Bolte

(Vorsitzender Stadtbezirk Alt-GMHütte)

# Das Chaos von Berlin - AJT 1979

Eigentlich fing alles ganz normal an. 50 Jugendliche aus Bramsche und GMHütte fuhren am Freitag, dem 1.6.79 um 20.00 Uhr in Richtung Berlin zum Arbeiterjugendtag der Falken. Im Bus herrschte ausgelassene Stimmung. An den Grenzen wurden wir sehr schnell abgefertigt (Marienborn: zehn Minuten; Drewitz: fünf Minuten). Wenige Minuten nach dem Grenzübertritt Drewitz erreichten wir um 2.00 Uhr die Turnhalle der Werner-von-Siemens-Oberschule in Berlin-Zehlendorf.

Jeder suchte sich ein Plätzchen und fragte sich, was tun? - Keine Gaststätte, nichts zu trinken, kein Bus in die Stadt, nur einbruchsichere Villen rund um. Arbeiter, wo bist Du ??

Einige versuchten irgendwie die Stadt zu erreichen, die meisten wollten allerdings schlafen. Sie gaben dieses Vorhaben jedoch sehr bald auf, denn erstens war die Turnhalle überhaupt nicht gelüftet, und zweitens kamen gegen 3.30 Uhr noch 60 Falken aus Lemwerder, so daß die Zahl der "Turnhallenbewohner" auf 110 angestiegen war. 7.30 Uhr sollte das Frühstück anrollen - Denkste ?? Trotz mehrerer Telefonanrufe war es der Organisation nicht möglich bis 10.00 Uhr (Abfahrt des Busses zur Demonstration) das Frühstück herbeizuschaffen. Doch damit nicht genug; die versprochenen U-Bahn-Karten, die im Preis inbegriffen waren, konnten nicht ausgegeben werden.

Warum? - Finanzielle Fehikalkulation.

Berlin-Kreuzberg, 10.30 Uhr: 15.000 Falken, Jusos u.a. standen in der sengenden Hitze und warteten auf den Abmarsch des Zuges. Unter Ihnen auch die 110 unausgeschlafenen, hungrigen Leute aus der von-Siemens-Schule. Ein Einzelfall? - Sicher nicht.

Da Polizei und Organisatoren sich über den Ablauf der Demonstration nicht einigen konnten, war eine Stunde später der Zug immer noch nicht in Bewegung gekommen. Ein knurrender Magen, Hitze und Unverständnis peitschten die Stimmung gegen die Organisatoren auf und beweg 20% der Teilnehmer, die Demo noch vor Beginn zu verlassen. Sanitäter und Polizei hatten alle Hände voll zu tun, um den von der Hitze erschlagenen Erste Hilfe zu leisten. Dann ging es endlich los. In Erwartung eines doch noch zufriedenstellenden Ergebnisses stieg die Stimmung anfangs ein wenig. Aber zwei Stunden später zog ein ruhiger-gewordener Demonstrationzug immer noch durch Berlin. Viele wollten nicht mehr weiter. Ein Gaststätte am Straßenrand, U-Bahn- und Busstationen lockten, den Wahnsinn aufzugeben. So kam es, daß nach einer weiteren halben Stunde nur noch ca. 1000 das Ende der Demo erreichten. Den Rednern auf der jetzt stattfindenden Kundgebung hörte niemand mehr zu.

Belohnt wurde die Tortour für die Teilnehmer damit, daß das Mittagessen auch ausfiel, denn das gab es während der Demo, eine halbe Stunde Wegstrecke mit der U-Bahn vom Zug entfernt. Wieder kein Essen, nur Hetze, Blasen an den Füßen, Hunger, totale Erschöpfung, Schlafmangel, Wut auf die Organisatoren und Frustration beweg so manchen, zurück ins Quartier zu fahren und zu duschen, um sich zu re-

generieren. Für den Tag war für die Teilnehmer alles gelaufen, jedoch nicht für die Organisatoren. Sie boten zehn verschiedene Veranstaltungen in fünf Stadtteilen an. Wie z. B. Jugendfilme, -theater, alternative Stadtrundfahrten, Wiedersehens-treffen der ehemaligen SAJ'ler. Falken stellen sich vor usw. Ein Lichtblick war das Kinderprogramm, an dem die Kinder sehr viel Freude hatten. Die anderen Veranstaltungen waren auf Grund der oben genannten Gründe nur sehr schwach besucht. - Verständlich, daß nach so einem Tag niemand mehr Lust hatte, politisch etwas zu machen, sondern sich nur noch als Berlin-Tourist fühlte.

Am nächsten Morgen gab es sogar ein Frühstück, wenn auch dürftig, aber immerhin. (Übrigens war das die einzige Mahlzeit, die ich von der Organisation gestellt bekam.)

Der Sonntag war mit dreizehn Veranstaltungen vollgestopft. U.a. fanden fünf Foren statt, mit Themen, wie "Neofaschismus", "Schulkampf", "Situation ausländischer Kinder und Jugendlicher in der BRD und Berlin (West)". Leider waren diese Veranstaltungen ebenso schwach besetzt, wie die anderen, am Tag vorher. Dafür wurde am Abend aber die Deutschlandhalle voll. Sieben Rockgruppen und Politsänger heizten die Jugendlichen mächtig ein. Zwar war die Getränkeausgabe dem Ansturm nicht gewachsen, doch kühles Wasser aus den Toilettenräumen half den Durst zu löschen.

Am Montag Morgen fuhr der Bus mit völlig erschöpften AJT-Teilnehmern zurück nach Georgsmarienhütte.

Fazit: Viele Versprechen wurden gegeben, kaum welche gehalten. Die Organisation war völlig ungenügend; Hinweisschilder, Ordner usw. fehlten. Obwohl die gezahlten DM 40,- für Fahrt, Unterkunft, Verpflegung und U-Bahn-Karten vorgesehen waren, müßten die Teilnehmer zwangsläufig im Schnitt noch mehr als DM 100,- zusätzlich ausgeben.

Berlin war, aus Sicht des AJT's, keine Reise wert.





# Was muß eigentlich passieren ...

... damit in der BRD endlich Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur Reduzierung des Erdölverbrauchs ergriffen werden? Neben der CSSR (!) ist die Bundesrepublik das einzige Land in Europa, in dem es weder auf Autobahnen noch auf Schnellstraßen Geschwindigkeitsbegrenzungen gibt. Auch auf Landstraßen liegen wir, zusammen mit sechs anderen Ländern, bei Tempo 100 am höchsten in Europa.

Welche selbstgefällige nationale Arroganz zeigt sich allein in dieser Tatsache! Von fehlenden anderen Eingriffen in das 'freie', schnelle, benzinverschleudernde Autofahrerdasein ganz abgesehen. Aber wir haben es ja dicke, wir können ja zahlen! Wer zahlt, darf verschleudern und wenn nichts mehr da ist, werden wir mit unserem Geld schon etwas Neues finden. Sollen die anderen doch sehen, wo sie bleiben. Im Übrigen: Das ist Freiheit. Freiheit der Geschwindigkeit! Rasen macht frei! (Man erinnere sich: bei der damaligen Diskussion um Tempo 130 wurde dieses Argument allen Ernstes gebracht.)

Es wären allein im Verkehr eine Reihe von Maßnahmen möglich, die - wenn auch einzeln nur gering - Öl sparen helfen könnten und den Straßenbau in dieses verrückten Dimensionen überflüssig machen würden (und vielleicht auch die Unfallzahlen reduzieren helfen würde):

- 1.) Tempo 80 auf Landstraßen
- 2.) Tempo 110 auf Autobahnen
- 3.) Tempo 30 in Wohngebieten
- 4.) Hubraum-, PS- und Höchstgeschwindigkeitsbegrenzungen für Neuwagen (z.B.: 2000 ccm, 100 PS, 150 km/h)
- 5.) Mindesttankmenge jeweils für DM 20,-
- 6.) Umlage der Kfz-Steuer auf den Benzinpreis
- 7.) Einführung eines autofreien Sonntags im Monat
- 8.) Staatliche Prämierung und Subventionierung von Niedrigverbrauchswagen
- 9.) Attraktivierung und Preisreduzierung im öffentlichen Nahverkehr
- 10.) Einführung von Auto-Abschaff-Prämien
- 11.) Prämierung und Subventionierung von Gas- und Methanolbetriebenen Autos
- 12.) Freifahrten für Kinder in DB
- 13.) Investitionen für den öffentlichen Nahverkehr und für die Bundesbahn in der gleichen Höhe wie für den Straßenbau.

Jetzt sage bloß keiner: Planwirtschaft! Damit hat man bis jetzt noch jede Diskussion erschlagen können. Sicherlich sind diese Vorschläge erschöpfend und sicherlich müssen sie im einzelnen noch diskutiert werden. Jedoch zeigen sie eine Richtung an, in die wir gehen müssen, wenn die Bürger in der BRD nicht eines Tages ein böses Erwachen erleben wollen. Auf alternative Fortbewegungsarten werden wir noch zurückkommen.

# Umweltschutz = Arbeitsplätze !

Das früher oft benutzte Argument, der Umweltschutz vernichte Arbeitsplätze, ist jetzt sogar vom Bundesverband der Unternehmer als falsch erkannt worden. Das Institut für Wirtschaftsförderung (IFO) des BDI weist in einer Untersuchung über "Beschäftigungseffekte der Umweltpolitik" nach, daß Umweltschutzaufwendungen 1975 rund 200.000 Arbeitsplätze sicherten. Die Untersuchung kommt weiter zu dem Schluß, daß 1980 bereits 250.000 Menschen im Umweltschutz arbeiten werden, davon allein 100.000 an staatlich finanzierten Arbeitsplätzen. Dagegen werden nach Angaben der IFO jährlich nur 2.800 Arbeitsplätze vernichtet.

## Wer weiß schon ...

- ... daß seit 1953 in der BRD im Verkehr, ca. 36.000 Kinder bis 15 Jahren tödlich verunglückt sind?
- ... daß seit 1953 500.000 Kinder schwer verletzt wurden?
- ... daß jährlich etwa 1.500 bis 2.000 Kinder im Verkehr umkommen?
- ... daß jährlich etwa 1.300 ältere Leute (über 65) im Verkehr tödlich verunglücken?

## GENOSSEN ?!

Im letzten Sozialdemokrat-Magazin, der Mitgliedszeitschrift der SPD, hat eine Diskussion um die Anrede "Genosse" begonnen. Auch hier in GMHütte haben schon Genossen (?) gefordert, diese Anrede abzuschaffen, da sich Terroristen auch so ansprechen!

In welcher Partei sind wir denn? Parteifreunde und "Sie" hat die CDU, und das paßt auch gut zu **ih**.

100

Jahre SPD hingegen bedeuten 100 Jahre Solidarität und die wird u.a. durch das "Du" ausgedrückt. Sicherlich streiten wir viel - aber mit Genossen läßt sich gut streiten, denn man geht als Genossen auseinander und nicht als Herr Parteifreund.

Darum Genossinnen und Genossen, bleibt auch solche! Wo der Begriff Genosse zur Disposition steht, da wird demnächst auch der Begriff Sozialismus zur Diskussion stehen. Wehret den Anfängen!

Es sollte uns doch wirklich egal sein, wie sich Kommunisten o.a. titulieren. Man kann ihnen ja schließlich nicht auch noch die Verwendung der deutschen Sprache untersagen.

# SPD und Umweltschutz

Drei Ereignisse sind in den letzten Tagen für die Situation und die politische Position der SPD von großer Bedeutung gewesen:

Da war zunächst Harrisburg, das in der SPD das Nachdenken hoffentlich gefördert hat (Abgesehen vom Bundeskanzler, aber der denkt ja auch für uns alle). Dazu ist viel gesagt worden und wird hoffentlich noch mehr gesagt werden. Nur soviel: Harrisburg und die Folgen sind kein technisches Problem, wie immer noch viele Sozialdemokraten meinen, sondern in erster Linie ein politisch-humanitäres!

Dann war die Wahl in Schleswig-Holstein, wo eine SPD/FDP-Regierung an den Grünen gescheitert ist. Gescheitert weil, die Position der SPD zur Kernenergie nicht klar und außerdem noch doppelzünftig war. Insofern hatte die CDU ausnahmsweise einmal Recht: Die SPD in Bonn spricht anders als die in Kiel, und der Parteivorsitzende Jaßen in Kiel spricht anders als der Spitzenkandidat Matthiesen. Die Rolle von Helmut Schmidt in diesem Zusammenhang ist hinreichend bekannt: er hatte seine Beteiligung am Wahlkampf davon abhängig gemacht, daß die SPD Schleswig-Holstein ihr klares Nein zur Kernenergie relativiert. Der Ausgang der Wahlen zeigt, daß er falsch gelegen hat. (Aber vielleicht ist ihm das Ergebnis auch ganz lieb, weil das Atomprogramm der Bundesregierung so unbehelligt bleibt?)

Schließlich war Anfang Mai der Rücktritt des Landwirtschaftsministers Deneke in Nordrhein-Westfalen. Ein konsequenter Mann und ein konsequenter Schritt! Er nahm den Gedanken des

Umweltschutzes ernst und vor allem handelte er konkret danach. Deneke trug das "Grüne" Reden und das umweltfeindliche Handeln nicht mehr länger mit. Wie er es formulierte: Man kann nicht die Lippen spitzen und dann nicht pfeifen! Am Rande bemerkt: Es gibt Hoffnung, daß nach Heinemann und Eppler endlich mal wieder ein Sozialdemokrat mit Rückgrat in das Rampenlicht der Öffentlichkeit tritt und den tollen Machern wenigstens kurzzeitig die Schau stiehlt. Was können wir in GMHütte aus diesen Ereignissen lernen?

- 1.) Es müssen endlich konsequente klare Positionen aufgebaut werden. Der Wähler nimmt zum entscheidenden (!) Anteil die freundlichen Worte zum Umweltschutz nicht mehr ab, wenn das Handeln fehlt.
- 2.) Der Umweltschutzgedanke (der ökologische Gedanke) muß zum Leitmotiv (neben den alten sozialistischen) der SPD-Politik und SPD-Argumentation werden (Bunte Aufkleber machen aus der SPD noch keine Umweltschutzpartei).
- 3.) Es ist in jeder Beziehung eine eindeutige Abgrenzung zur CDU zu erfolgen! Warum sollten uns in der nächsten Kommunalwahl eigentlich neue Wähler ihre Stimme geben, wenn wir in entscheidenden Fragen doch die gleiche Position wie die CDU haben? Dann haben sie doch keine Veranlassung, die Partei zu wechseln.

## Schulgesetz "reform"

Mehr als 110 Änderungen des Schulgesetzes sieht ein Entwurf aus dem Hause des Herrn Remmers vor. Aus der Fülle der Verschlechterungen (wie: Schulversuche werden von vornherein befristet, siehe die Behandlung des Schulversuchs Glocksee; die Vorklassen werden nicht verbindlich eingeführt; die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Lehrer werden zusammengestrichen) seien zwei besonders hervorgehoben:

- die Gesamtschulen sollen nicht mehr Gliederungen des Schulsystems sein, sondern Angebote. Sie stellen nur noch Ausnahmen dar. Wo immer starke Minderheiten oder auch Mehrheiten der Eltern ihre Kinder zur Gesamtschule schicken wollen, braucht sie noch lange nicht errichtet werden - erst einmal müssen die Gymnasien gesichert sein.
- die verbindliche Einführung der 10. Klasse an Haupt- und Sonderschulen entfällt. Die 10. Klasse wird ebenfalls zum Angebot heruntergestuft. Während andere euro-

päische Länder die zehnjährige Schulpflicht längst haben, andere Bundesländer wie NRW sie einführen, soll das 10. Schuljahr in Niedersachsen nicht Pflicht werden, u.a. mit der Begründung, schon jetzt erreiche eine hohe Zahl der Schüler keinen Abschluß. Wird durch eine kürzere Unterrichtszeit ein einziger Schüler mehr den Abschluß erreichen?

Der Wahlkampf in Hamburg und Schleswig-Holstein hat gezeigt, daß Halbherzigkeit nur den Konservativen nützt. Die SPD hat - und nicht nur im Landtag - aufzuzeigen, daß durch Änderungen des Schulgesetzes alle Reformansätze herausgestrichen werden sollen. Wir Jusos sollten in der Partei Mehrheiten für diesen Schulkampf gewinnen.



# Ölkrise made in 1979

Schlagen vor den Tankstellen in Amerika, geschlossene 'Freie' Tankstellen in Deutschland, Heizölpreise, die ins Unermessliche steigen: die Ölkrise seit 1974 schon fast vergessen, ist wieder in aller Munde. Seit im Iran das diktatorische Schahregime gestürzt wurde, ist der Weltölmarkt nicht mehr zur Ruhe gekommen. Den Rohölpreiserhöhungen der erdölfördernden Länder folgte eine Erhöhung der Preise für Ölprodukte durch die Ölkonzerne. Das führte schließlich soweit, daß die USA den Ankauf von Öl subventionierten und damit die Situation der übrigen Länder der Welt noch weiter verschlechterten. Bundeskanzler Schmidt spricht sogar schon von der Möglichkeit eines Krieges um das Öl. Als Schuldige für diese Krise werden, je nach politischem Standort des Betrachters, die verschiedensten Gruppen genannt. Sind es die "Ölscheichs", die die Ölförderung drosseln, sind es die Ölkonzerne, die um den Preis zu erhöhen, Öl in ihren Tanks zurückbehalten? Oder sind es sogar die Verbraucher, die aus Sorge vor noch höheren Preisen, Benzin und Heizöl hamstern, um so die Situation noch zu verschlechtern? Wer ist wirklich Schuld an der Misere, die die marktwirtschaftlich-kapitalistische Wirtschaftsordnung in der BRD an den Rand des Abgrundes bringen könnte? Zunächst eines vorweg: Unsere Wirtschaftsordnung beruht auf dem privaten Gewinnstreben und dem privaten Eigentum an Produktionsmitteln. Das heißt, daß jedes private Unternehmen (und auch jeder einzelne Bürger), versucht einen möglichst großen Gewinn für sich selbst zu erzielen. Ein Unternehmen, das freiwillig auf einen Teil seines möglichen Gewinns verzichten würde, könnte nicht so viel investieren, wie ein Unternehmen, das seinen Gewinnspielraum voll ausschöpft. Es würde deshalb nicht mehr so billig produzieren können und über kurz oder lang "pleite gehen". Unsere marktwirtschaftliche Ordnung verlangt also von allen an der Wirtschaft Beteiligten, nach einem möglichst hohen Gewinn zu streben. Dann, so sagen Verfechter der Marktwirtschaft, wird auch der Wohlstand der gesamten Bevölkerung am größten werden.

Wie also verhalten sich die Beteiligten am Ölgeschäft?

Nun, die Ölexportierenden Länder benehmen sich seit der Ölkrise 1974 durchaus so, wie es die Marktwirtschaft von ihnen verlangt: Sie versuchen den Preis zu erhöhen und gleichzeitig mehr Öl zu fördern. Das bringt ihnen den größtmöglichen Gewinn. Die Ölkonzerne haben erkannt, daß ihr Gewinn am größten ist, wenn sie die Ölmenge, die zum Kauf angeboten werden verringern, da dann der Preis am stärksten steigt. Das hat sich in der 74er Ölkrise gezeigt und genauso zeigt es sich auch jetzt wieder, wo im ersten Quartal diesen Jahres bei den Ölkonzernen Rekordgewinne erzielt wurden. (Gewinnsteigerung gegenüber 1978 bei Shell nach eigenen Angaben 88%) Auch die Konzerne benehmen sich also so, wie es die Marktwirtschaft von ihnen fordert. Und der Verbraucher? Nun, auch für ihn ist es nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten am vernünftigsten, jetzt alle Heizöltanks zu füllen und zu hamstern, was zu erhalten ist, denn billiger wird das Öl sicher nicht.

Man sieht, daß sich alle Beteiligten genauso verhalten, wie es die marktwirtschaftliche Ordnung vorsieht. Es zeigt sich also, daß nicht die "Ölscheichs" oder die Konzerne Schuld an der Ölkrise sind, sondern das der Fehler schon in unserem Wirtschaftssystem liegt. Am Beispiel Ölkrise wird deutlich, daß eben nicht (wie die Marktwirtschaft verspricht) die beste Versorgung der Gesamtbevölkerung sich von selbst einstellt, wenn nur jeder einzelne versucht, seine persönlichen Gewinne zu maximieren. Denn genau das tun im Ölbereich alle, und deshalb liegt der "Karren nun im Dreck". Versagt hat die Grundlage unseres marktwirtschaftlich-kapitalistischen Wirtschaftssystems, das auf privatem Gewinnstreben beruht. Solange wir diese Grundlage nicht entscheidend ändern, solange nicht der Nutzen der gesamten Bevölkerung das entscheidende Kriterium für das wirtschaftliche Handeln ist, solange kann man eines mit Sicherheit voraussagen:

"Die nächste Krise kommt bestimmt!"

## Europawahl in GMHütte (Ergebnisse in %)

	Alt-G.M.H./Holz.		Oesede		Hardenberg / Kl. Oes. Holst.-Mündrup		Gesamt-G.M.H.	
	Landt. 1978	Europaw. 1979	Landtag 1978	Europaw. 1979	Landtag 1978	Europa 1979		
CDU	3.178 51,9%	2.725 47,8%	3.312 56,4	2.847 51,4	3.100 66,8	2.638 63,1	10.517 58,1	3.080 53,5
SPD	2.547 41,6	2.600 45,6	2.162 36,8	2.305 40,9	1.256 27,1	1.308 31,3	6.394 35,3	6.638 39,5
F.D.P.	160 2,6	179 3,1	143 2,4	193 3,4	89 1,9	97 2,3	429 2,4	526 3,1
GLU-Grüne	204 3,3	172 3,0	220 3,7	201 3,6	182 3,9	120 2,9	673 3,7	572 3,4

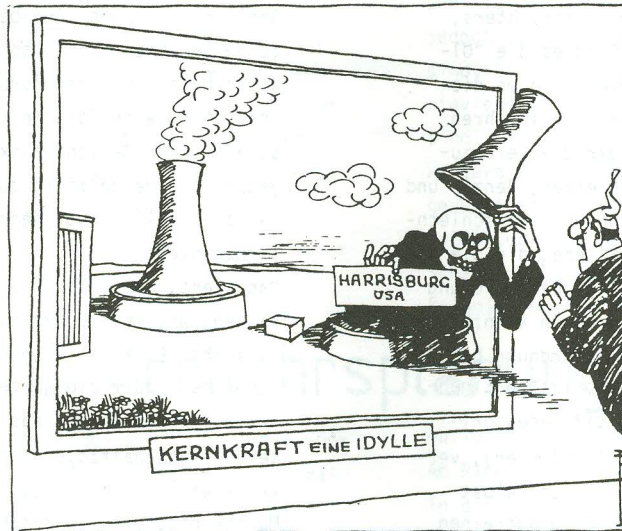
# Erinnerung an Harrisburg

Die Bundesregierung hat wieder zu einem klaren Standpunkt zurückgefunden. Garf Lamsdorf erwartet vom FDP-Paritag ein klares 'Ja' zur Kernenergie, und auch Kanzler Schmidt setzt wieder voll auf diese Art der Energieerzeugung. Vor einigen Wochen, kurz nach dem Unfall in Harrisburg, und vor den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein hörte sich manches anders an: Die Sicherheit unserer KKW's sollte neu überprüft werden und die Möglichkeit, ganz ohne Kernkraft auszukommen, ernsthaft durchdacht werden, so Forschungsminister Hauff. Die Erkenntnis, daß man nur um Haaresbreite an einer unvorstellbaren Katastrophe vorbeigekommen war, schien bis zur Bundesregierung vorgedrungen zu sein.

Erinnern wir uns, was im KKW Harrisburg passierte: Das Versagen von Kühlwasserpumpen und ein Ventil, das irrtümlich geschlossen war, führten zum Ausfall des Kühlsystems. Als dann noch das letzte Notkühlsystem auf Grund einer falschen Einschätzung der Lage für ca. 20 Minuten von Hand abgeschaltet wurde, überhitzten sich die Brennstäbe, bis einige sich verbogen und wahrscheinlich anfangen zu schmelzen. Ein Unfallablauf dieser Art ist schon lange erörtert worden und kam von daher nicht überraschend.

Aber dann geschah etwas, größten Pessimisten: Es bildete sich eine Raktorkern, die durch eine zu sprengen drohte. Ein aktivität wäre dann aus dem gelangt und hätte ein Gesend Quadratkilometern für bar gemacht. Diese "Bei-gezeigt, das in KKW's Unmit denen vorher niemand wegen das Risiko eines in kaum abschätzbar ist.

Wer die Nachrichten über burg verfolgt hat, mußte wie schlecht und teilweise keit informiert wird. Dazu



mit dem selbst die nicht gerechnet hat-Wasserstoffblase im Explosion den Reaktor großer Teil der Radio-Reaktor hinaus in Freie biet von mehreren tau-Jahrzehnte unbewohn-nahekatastrophe" hat fälle passieren können, gerechnet hat, und des-Betrieb genommenen KKW's

dem 30.3.79, gelangten radioaktive Gase aus dem Reaktor ins Freie. In sieben Kilometer Entfernung wurde angeblich eine Strahlenbelastung der Bevölkerung von 10-15 mrem pro Stunde gemessen. Dieser Wert entspricht ungefähr der Belastung einer Brustkorbröntgenuntersuchung. Flugs erklärte man daher, diese Strahlenbelastung sei ganz ungefährlich. Eine solche Bestrahlung bedeutet aber eine stündlich wiederkehrende Röntgenuntersuchung, und dieses ist keineswegs mehr ungefährlich.

Etwa eineinhalb Monate nach den Ereignissen in Harrisburg verlautete nun, daß die Strahlenbelastung der Bevölkerung in der Umgebung des KKW's mindestens doppelt so hoch wie ursprünglich angenommen war. Genaueres ließe sich allerdings nicht sagen, weil zum Zeitpunkt des Entweichens der radioaktiven Gase zu wenig Meßgeräte in dem betreffenden Gebiet installiert waren.

(ein befreundeter Genosse aus Münster, Kernphysiker)

das Geschehen in Harris-wieder einmal erkennen, falsch die Öffentlich-ein Beispiel: Am Freitag,

## LETZTE MELDUNG:

Nicht das wohl von einigen Herren erhoffte Ergebnis brachte das hydrologische Gutachten der Universität Braunschweig zur Gewässersituation im Dütetal. Zwar ergab das Gutachten, daß bei sehr seltenden Regengüssen (alle 25- oder 100 Jahre) der Stollen unter dem Klöcknerwerk das Wasser nur zur Hälfte schlucken kann und für diese Ereignisse Regenrückhaltebecken für 500.000 bis 1.000.000 m<sup>3</sup> Wasser geschaffen werden müssen(?). Aber dafür könnte ein Regenrückhaltebecken in Kloster Oesede (sprich See für den Freizeitpark) nur einen Teilbeitrag leisten, da in Richtung Oesede anschließend noch große Wassermengen in

die Düte laufen. D. h., wenn Regenrückhaltebecken, dann werden mehrere in riesigen Dimensionen im Düteverlauf benötigt. Im übrigen müßte das Becken in Kloster Oesede, wenn es als See genutzt werden sollte, äußerst tief ausgehoben werden, da ja auch noch Platz vorhanden sein muß für die Wassermengen, die alle 25- oder 100 Jahre zu erwarten sind. Es bleibt die Frage, ob es aus ökologischen und ökonomischen Gründen zu verantworten ist, Rückhaltebecken in den angesprochenen Dimensionierungen zu bauen. Hier muß nüchtern abgewogen werden, was solche eventuellen Überschwemmungen anrichten können und ob ein Beckenbau dafür zwingend erforderlich ist.